



## Deutschland. O. C. Reichstags-Verhandlungen.

62. Sitzung vom 19. Juni.

12 Uhr. Am Tische des Bundesrates: Fürst Bismarck, Hofmann, v. Dechend, Friedberg und Andere.

Der Abgeordnete für Neustadt in der Pfalz, Dr. Linné, Mitglied des Centrums, ist gestorben. Das Haus ehrt sein Andenken in der üblichen Weise.

Ein Antrag auf Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung der „Bielefelder Zeitung“ vom 31. Mai d. J. wegen Beleidigung des Reichstags wird an die Geschäftsausschussscommission verwiesen.

Der Abgeordnete Sonnenburg ist aus der Tarif-Commission geschieden und an seine Stelle der Abg. Richter (Hagen) von der 4. Abh. gewählt.

Eingegangen sind die durch Beschluss des Bundesrates getroffenen Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Walz- und Hammerwerken, Glashütten und Spinnereien.

Die von den Abgeordneten Delbrück, Bamberger und Harnier eingebrachte und von zahlreichen Mitgliedern aller Fraktionen unterstützte Interpellation: „Beabsichtigt die Regierung eine Abänderung der bestehenden Münzgesetzgebung herbeizuführen?“ erklärte Fürst Bismarck sofort beantwortet zu wollen.

Abg. Delbrück: Nach der Entscörift über die Ausführung der Münzgesetzgebung waren bis zum Schlusse des vorigen Jahres an groben Silbermünzen 978,878,779 Mark eingezogen; davon wurden 667,707,203 Mark in Silberbarren verwandelt und ergaben 7,144,462 Pfund baaren Silbers, wovon 32,429 zu Prägemoden verwendet, 6,727,151 aber bis zum Schlusse des vorigen Jahres definitiv verkauft waren. Der Reichsregierung steht also noch eine beträchtliche Menge baaren Silbers zur Disposition, abgesehen von dem Zuwachs durch die allmäßige weitere Einziehung vorhandener Silbermünzen. Als es vor wenigen Wochen bekannt wurde, daß die Reichsfinanzverwaltung beschlossen habe, die Silberverkäufe auf dem Londoner Markt einzustellen, wurde in der Presse als mehr oder weniger wahrscheinlich bezeichnet, daß diese Maßregel ihren Grund in der Absicht habe, in der Münzverfassung Deutschlands eine Änderung vorzunehmen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ demonstrierte dies. Schon damals wurde von einem Theil der Unterzeichner meiner Interpellation die Einbringung einer solchen in Erwägung gezogen, jedoch davon Abstand genommen, nicht sowohl mit Rücksicht auf das anscheinend offiziöse Dementi, sondern weil sie nicht glaubten, daß die Regierung eine solche Absicht hege, weil eine solche Interpellation ferner der Reichsfinanzverwaltung rücksichtlich ihrer weiteren Operationen auf dem Londoner Markt unangenehm sein könnte, und endlich hauptsächlich deshalb, weil die Frage im Wesentlichen nur in der deutschen Presse abspielte. Diese Sachlage ist durch die Mitteilungen, welche inzwischen in England über die Frage gemacht wurden, geändert. Zunächst befand sich unter einer Reihe dem britischen Parlament vorgelegter Schriftstücke eine Mitteilung des dortigen auswärtigen Amts vom 5. Juni d. J., welche besagte, der Marquis von Salisbury habe eine Deputation von der englischen Botschaft in Berlin erhalten, daß die Berliner Blätter gegebene Mitteilung, wonach die deutsche Regierung endlich entdeckt habe, daß sie sich selbst durch ihre Silberverkäufe Verluste zugezogen und deshalb beschlossen habe, ihre Silberverkäufe zu suspendieren, auf Wahrheit beruhen, daß der im Augenblick verfügbare Vorrath 200 Millionen Mark oder 10 Millionen Pfund Sterling betrage, und während der Suspension der Verkäufe noch zunähme.

Lord Odo Russell stieg hinzu, die Finanzmänner Deutschlands meinten allgemein, die deutsche Regierung bereite sich auf Einführung der Doppelwährung, wie sie in Frankreich besteht, vor. Wenige Tage darauf erörterte im Unterhause Mr. Goshen die Wirkungen der Schwankungen des Silberpreises auf die indischen Finanzen, sowie die Ursachen dieser Schwankungen. Bezuglich Deutschlands sagte er: „in Deutschland ist die Lage besonders merkwürdig; die deutsche Regierung hat eine kurzfristige Politik verfolgt, indem sie so wenig Auskünfte wie möglich gegeben hat, in der trügerischen Hoffnung, die Spekulation zu verhindern. Das Ergebnis war eine dauernde Unruhe, welche man vermeiden konnte, wenn man die Wahrheit gesagt hätte.“ Er berechnet darauf, wie viel Silberverkäufe in Deutschland sein könnten, und fährt fort: „ich habe einen Brief von einer hohen Autorität in Berlin, nach welcher die Regierung 10 Millionen Pfund Sterling zur Verfügung hat, und zwar ohne den Thalerumlauf zu beschränken. Das bestätigte die Angabe Russells. So viel ist, fährt er fort, es befindet sich eine erhebliche Menge Silber in Deutschland und es fragt sich, was will die deutsche Regierung tun? Ich habe eine sehr bestimmte und kategorische Versicherung einer hohen Autorität erhalten, daß die deutsche Regierung nicht die Absicht hat, irgend welche weiteren Silberverkäufe vorzunehmen. Wahrscheinlich ist der Grund hierfür der, daß der Bedarf der deutschen Nation an kleinem Gelde, welches auf 10 Schilling pro Kopf bestimmt ist, so niedrig gegriffen ist, ich glaube hinzuzufügen zu dürfen, daß ich das Richtige treffe, wenn ich sage, die Deutschen sind der Ansicht, bei der Umwandlung ihres alten Münzfußes ein schlechtes Geschäft gemacht zu haben und man zögert in Berlin, die noch im Umlauf befindlichen Thalerstücke einzuziehen, nachdem alle anderen Münzen eingezogen worden sind. Möglicherweise kann die in Deutschland herbeigeführte Krisis am Silbermarkt jetzt zu Ende sein.“

Diese Ausführungen nun haben der Frage eine andere Bedeutung gegeben, als sie früher hatte, wo sie lediglich vorübergehend in der deutschen Presse erörtert wurde. Ich brauche nicht zu sagen, daß ich diesen Ausführungen des Mr. Goshen nicht im Mindesten beitrete, ich habe sie aber zur Kennzeichnung der Lage mittheilen müssen. Durch diese Erörterung im britischen Parlament ist die Frage, ob Deutschland beabsichtige, in seiner Münzgesetzgebung eine Änderung vorzunehmen, jedenfalls der ganzen Welt gegenüber als eine offene hingestellt worden. Ich für meinen Theil glaube nach wie vor nicht, daß die Reichsregierung die Absicht hat, eine Änderung unserer Münzgesetzgebung vorzunehmen. Ich halte es auch nicht für erwünscht, die Frage heute hier zu discutiren, weil das möglicherweise die Operationen der Reichsregierung in Bezug auf ihren Silbervorrath genüren könnte; aber nachdem die Frage in dieser Weise vor Europa als eine zweifelhafte hingestellt ist, ist es nicht mehr zu umgehen, uns von der Reichsregierung eine Auskunft zu erbitten, weil unleugbar eine im Auslande sich festwurzelnde Ansicht, daß es mit der Aufforderung der bestehenden Münzverfassung in Deutschland zweifelhaft sei, nachtheilige Wirkungen auf den internationalen Verkehr haben wird. An der biegsamen Wörte soll bereits eine Haft in Bezug auf österreichische silberbezügliche Papiere in Scène gesetzt werden, sofern auf die verbreitete Ansicht hin, Deutschland würde zur Doppelwährung übergehen. Ich lege für meinen Theil auf eine diplomatische Depesche, welche sich nicht auf politische Angelegenheiten bezieht, einen überwiegend hohen Wert nicht, ebensowenig darauf, was ein sehr bedeutendes Mitglied des britischen Unterhauses in der Frage ausführt, wenn er dem für einen Engländer nicht ganz unnatürliche Gefühl dabei Raum gewährt, daß es für England unbedeutsam war, daß Deutschland zur Goldwährung übergegangen ist. Aber die Mehrzahl derjenigen, für welche die vorliegende Frage von Interesse ist, wird nicht so tief und objektiv zu solchen Ausführungen stehen und deshalb und weil wir wünschen, daß der Unschärfe, welche durch diese Mitteilungen in unseren Verkehr, namentlich mit dem Ausland, gebracht wird, ein Ende gemacht werde, haben wir die Interpellation gestellt.

Reichskanzler Fürst v. Bismarck: Wenn ich mich an den Text der Interpellation halte, so kann ich zunächst zweifelhaft darüber sein, wer der darin bezeichnete Adressat sei, an dem sie gerichtet ist. Der Ausdruck „die Regierung“ in Bezug auf Reichsgeschäfte kommt in der Verfassung nicht vor, und wenn er im außeramtlichen Gespräch gebraucht wird, so kann man darunter, je nach den verschiedenen Funktionen des Reiches, um die es sich handelt, verschiedene Organe des Reiches verstehen. Wenn es sich um eine Initiative in der Gesetzgebung handelt, so kann aber darunter keinesfalls der Reichskanzler verstanden werden, da die Initiative in der

Gesetzgebung bekanntlich einer jeden Regierung, und innerhalb derselben einem jeden Mitgliede zusteht. Wenn ich über die Absicht der verbündeten Regierungen Auskunft geholt sollte, so müßte ich sie darüber befragen, da sie mir Mittheilungen nicht gemacht haben. Die Erwiderung könnte auch so gefaßt sein, daß ich doch abwarten möchte, bis solche etwa vorhandene Absichten sich in Gestalt von Worten, Bemerkungen oder Anträgen verkörpern, daß sie es aber ableben, sich über ihre Gedanken lateinisch zu lassen. Ich könnte dieselbe Antwort ja meinerseits hier geben; ich will indessen nur sagen, daß ich es für meine Person nicht für nützlich halte, einen so wichtigen, schwierigen und für unser Credit-, Geschäfts- und wirtschaftlichen Leben so wichtigen Gegenstand, wie diesen, beiläufig gewissermaßen academisch, ohne jede geschäftliche Anregung dazu, zur Sprache zu bringen und die Regierung en demure zu setzen, daß sie sich über einen so schweren Gegenstand ausspreche. Der Vorredner hat selbst schon gesagt, es sei schon vor einigen Wochen die Absicht vorhanden gewesen, eine solche Interpellation zu stellen. Man habe davon Abstand genommen in der Meinung, daß man durch Herbeiführung einer öffentlichen Discussion über diese Frage der Reichsfinanzverwaltung Unbequemlichkeiten und Schwierigkeiten bereiten könnte. Ich kannte diese Aeußerungen des Vorredners nur mit dem Gedanken begleiten, daß diese Erwähnung eine sehr weise war.

Warum ist sie seitdem verlassen, was hat sich denn geändert? Das in einem ausländischen Parlament die Sage besprochen ist in einer Weise, bei der Niemand behauptet hat, amtliche Nachrichten zu haben, macht das nun die Stellung dieser Interpellation für die Regierung weniger unbedeutsam und schwierig? Der Vorrednertheilte ja die Befürchtung nicht, die der Stellung der Interpellation zu Grunde lag. Muß aber nicht die ganze Welt glauben, wenn sein Name unterzeichnet ist, wenn ein so bedeutender Staatsmann, der der Regierung so nahe steht und zu ihrer Beobachtung so leichte Mittel hat, dem es leicht gewesen wäre, privat bei mir Erklärungen einzuziehen, wenn der die Zweifel in so erheblichem Maße theilt, daß er eine öffentliche, amtliche Befragung der Regierung für notwendig hält, daß daran noch sehr viel mehr sein müßte, als er selbst hier angegeben hat, daß es wahrscheinlich der Fall sein könnte. Ich halte die Interpellation im Sinne der Interpellanten für nicht wohl überlegt. (Oho! und Lachen links.) Was in den Zeitungen steht, das vergeht. Ein großer Theil der Presse hat das Bedürfnis, die fiktive Entrüstung mir gegenüber zu befridigen; dazu brauchen sie Stoff, und die Herren, die eben ein so wohlfühlendes Gefühl erhaben ließen, werden mir das bestätigen. Die Zeitungen brauchen aber überhaupt Stoff. In dieser ereignislosen Zeit, wo kaum irgendwo in der Welt ein mäßiger Krieg im Gange ist, in Europa Gott sei Dank gar keiner, werden sie sich begierig auf dergleichen; das liegt man und läßt es wieder gehen. Wenn aber 58 Herren von der Bedeutung der Unterzeichner der Interpellation bekennen, daß auch sie zweifelhaft sind, dann muß im Publizum die Meinung Platz greifen: diese Herren sind eingeweiht, das sind Sachverständige, die wissen mehr wie wir, da muß doch Grund sein, an den Intentionen der Regierungen zu zweifeln, sonst würden so bedeutende Finanz- und Staatsmänner, die ja jeden Tag zu vertraulichen Erörterungen Zugang zu jedem Minister gehabt haben würden, den ihre Befürchtungen zerstreuen könnten, nicht eine öffentliche Interpellation gestellt, und die Zweifel, die sie bekämpfen wollen, nicht sancioniert, ja zum Theil durch ihre Unterschriften unter der Interpellation erst geschaffen haben.

Mit stellen Sie nur die Aufgabe, die Zweifel zu beseitigen und zugleich betonen Sie, daß diese Zweifel nachtheilig auf unsere wirtschaftlichen Interessen wirken, was ich ja gar nicht bestreite. Wenn Sie so davon überzeugt sind, so hätten Sie diesem Zweifel nicht in Form einer so zahlreich unterzeichneten Interpellation Ausdruck geben sollen. Sie schreiben mir also die Aufgabe zu, diese von Ihnen angeregten Zweifel aus dem Wege zu schaffen. Wenn ich auch sage, ich habe die Absicht nicht, kann ein Anderer sie nicht haben? Wenn ich sage, ich bin nicht überzeugt von der Nützlichkeit einer Änderung in unserer Münzverfassung, könnte ich nicht beim näheren Studium der Frage, beim Anhören von Sachverständigen, bei Prüfung der Auffassung derjenigen Regierungen, die anderer Meinung darüber sind als die unsrige, könnte ich nicht zu einer anderen Überzeugung gelangen? Ist meine einfache Vermuthung, daß ich jetzt keiner Absicht mir bewußt bin, auch keine kenne, eine hinreichende Entlastung eines so stark accentuierten Zweifels bei einer so wichtigen Interpellation? (Sehr richtig!) Sie schaffen mir einen Zweifel, den ich durch meine einfache Vermuthung mich außer Stande fühle, vollständig aus dem Wege zu räumen, semper aliquid haeret. Wenn Sie nächst die Schulden davon der mangelfasten Beantwortung der Minister zu ziehen, dann sezen Sie die Minister doch einigermaßen in die Lage, wie ein sehr habisches Chamisoßes Gedicht von dem Lemberger Juden sagt, der dem Steinwurfe eines Sirdenten auswich: der zertrümmerte eine Scheibe und der Jude wurde angehalten, sie zu bezahlen, denn hätte er sich nicht gebüßt, so wäre die Scheibe nicht zertrümmert worden. (Heiterkeit) Ebenso gebe es auch dem Minister: durch die Stellung der Interpellation wird eine gewisse nachtheilige Wirkung erzielt; wenn der Minister nicht gebüßt oder Willens ist, diese Wirkung durch seine Auseinandersetzung zu zerstreuen, so trifft ihn die Schuld. Ich bin ja an diese Argumentationen sonst vielfach gewöhnt; von welcher Seite sie nächst kommen werden, weiß ich nicht, aber kommen werden sie gewiß. Ich kann dieser Interpellation gegenüber ja nur über die Thatsachen Auskunft geben.

Bezuglich der geschäftlichen Lage kann ich versichern, daß weder im Bundeßrat noch im preußischen Ministerium ein Antrag auf eine Änderung unserer Münzgesetzgebung gestellt worden ist, daß die Frage, ob ein solcher zu stellen wäre, von keiner Seite auch nur zur Sprache gekommen oder berührt worden ist. (Hört! hört!) Die einzige thatsächliche Auseinandersetzung, der Kristallisationspunkt, an dem sich diese ganze Legende einschließlich der Interpellation gebildet hat, besteht in meinem an das Bankpräsidium gerichteten Ersuchen, mit den Silberverkäufen einstweilen aufzuhören, indem ich für die Fortsetzung, ja für die Vergrößerung der Verluste, welche wir gegenwärtig bei dem fortwährenden Sinken des Silberpreises bis auf 47 — während 61 der normale Werth sein würde — erlitten haben, für meine Person die Verantwortlichkeit nicht mehr tragen wollte. (Sehr gut! rechts.) Ich batte dabei im Sinne, die Verantwortlichkeit für die Sistirung persönlich zu tragen bis zur nächsten Session, weil ich Sie in dieser mit einer so neuen und schwierigen Frage nicht belästigen wollte, und Ihnen dann in der nächsten Session offen die Thatsachen vor Augen zu legen, um zu gewärtigen, ob die Legislative voreilt, dem Führer der Executive andere Aufträge zu geben oder ob sie die Fortdauer der Sistirung sanctionirt. Daß ich in der jetzigen Sitzung dergleichen nicht zur Sprache gebracht, dafür, glaube ich, würden Sie mir Dank wissen, weil wir meiner Meinung nach genug andere und dringliche Geschäfte haben. Nachdem mir aber die Sache gebracht wird, bin ich gerüstigt, das, was ich ein Jahr später hier vorlegen wollte, ein Jahr früher vorzulegen und wenn die Herren eine Discussion daran knüpfen wollen, so haben wir ja den ganzen Sommer vor uns (Heiterkeit), und ich bin auch nicht abgeregt, auf jede weitere Erörterung der Frage einzugehen, meine dienstliche Stellung nötigt mich dazu.

Was sich nun an diese Inhibition des Silberverkaufs geknüpft hat, das ist zunächst ein großes Misvergnügen derjenigen Bankhäuser und anderer Geschäftstreibender, die Gewinn von diesen Silberverkäufen hatten. (Sehr richtig!) Daß dieses Misvergnügen in Verbindung mit den anderen vielen nicht vergnüglichen Eindrücken, die ich das Unglück habe, in der Presse zu erregen, nun auch sich verkörpern, daß man mir allerhand abenteuerliche Pläne von Reaction auf diesem oder jenem Gebiete anbietet, daran bin ich ja gewöhnt; aber ich dachte, die Herren wären auch daran gewöhnt und stießen sich an solche Insinuationen und Verdächtigungen meiner Absichten nicht weiter und ließen sie ruhig passieren. Wenn das nicht ist, so schenken Sie den Verdächtigungen, die mich betreffen, nicht dieselbe Aufmerksamkeit, die sie mir durch rothes und blaues Anstreichen zugewendet hat. In dem Schreiben des englischen Herrn Botschafters ist nicht gesagt, daß die Finanzmänner in Deutschland allgemein, sondern, wenn mein Gedächtnis mich nicht täuscht, daß Finanzmänner dieser Hauptstadt der betreffenden Meinung waren. Es hat also in dieser Hauptstadt Finanzmänner gegeben,

die sich dem englischen Herrn Botschafter gegenüber das Ansehen gegeben haben, als ob sie über die Absichten der Reichsregierung mehr wüssten, wie andere Leute. Mein verehrter Freund und diplomatischer Mitarbeiter, Lord Odo Russell, hat diese zu seinen Ohren gekommenen Gerüchte pflichtmäßig nach England gemeldet, wie ja auch uns die Vertreter der Regierung im Auslande sehr häufig Gerüchte, die in der City von London oder in Paris über die Absichten der englischen und französischen Regierung circulieren, als solche pflichtmäßig melben; dabei ist ja gar nichts Außerordentliches. Etwas wunderbar ist nur die Thatache, daß ein nicht stärker verbürgtes Gerücht Gegenstand einer amtlich accreditirten Mittheilung wird; ich würde meinerseits in solchen Fällen, wenn ich Andeutungen von Stadtgerichten über die Absichten einer fremden und namentlich einer uns so nahe befremdeten Regierung, wie der englischen, erhielt, doch dieser Mittheilung nicht einen amtlichen oder öffentlichen Charakter verliehen haben, als bis sie mir auf anderem, glaubwürdigen Wege bestätigt würde.

Indessen ist es ja nicht meine Aufgabe, Gründe zu ermitteln, welche die englische Regierung dabei hat, von diesem Privatbrief, wahrscheinlich von Lord Russell geschrieben, einen so stark accentuierten Gebrauch zu machen; daß aber die Thatache, daß die englische Regierung darin ein abweichendes Verfahren von dem unrichtigen im einzelnen Falle beobachtet, nun die Natur und die Wirkung der Interpellation für die Reichsregierung wesentlich geändert haben sollte, das kann ich denn doch nicht zugeben. Mir wäre es sehr erwünscht gewesen, wenn die Interpellation überhaupt nicht gestellt worden wäre, oder wenn man mich doch vorher, was ja doch bei vielen meiner verehrtesten Bekannten, die jeden Tag Zutritt zu mir haben können, leicht gewesen wäre, — mich gefragt hätte: was werden Sie denn ungefähr antworten? Werden Sie ein kategorisches „Nein“ geben, nie und unter keinen Umständen? Ja, das hat auch seine Unbequemlichkeiten. Wir wünschen, daß die Silberwährung einigermaßen steigt. Wenn ich das äußere, so wird man sagen: gut, wir wollen nur warten, kommen müssen Sie uns doch mit dem wohlfeilen Silber, da Sie die Absicht haben, es später jedenfalls zu verkaufen; passen wir nun auf, daß wir den Preis nicht hochlassen und machen wir ein großes Gecrie bei jedem Verlauf unter der Hand, der von der deutschen Bank oder der deutschen Regierung etwa kommen kann; dann werden wir den Silberpreis rasch herunterwerfen, so wie sie nur eine Liste von dem eingeschmolzenen Silber, das sie noch hat, verkaufen will. Das ist also die Unbequemlichkeit, die mir die Herren verursachen, und ich wäre sehr dankbar, wenn Sie diese Interpellation unterlassen hätten. Ich kann nur bezeugen, daß in dem gesammten Bundeßrat und in dem preußischen Ministerium die Zweifel an der Stetigkeit unserer Gesetzgebung, die in der Interpellation ihren Ausdruck finden, Niemandem beigekommen sind. Im Übrigen erlaube ich mir aber doch, die Herren darauf aufmerksam zu machen, daß ja eine solche Veränderung gar nicht ohne Zustimmung des Reichstages erfolgen kann, und wenn wir ein solches Gesetz einbringen wollten, so würde es ihnen ja auch an Zeit nicht fehlen zur Abwehr und an den Mitteln, alle Vorbereitungen zu treffen, und die Offenheit würde doch rasch in Kenntnis gesetzt werden, wenn die erste Anregung vom Bundeßrat in dieser Richtung erfolgte, wenn auch nur, was der vertraute Weg wäre, durch ein Circular an die verschiedenen Regierungen deren Meinung sondirt wird.

Ich kann indeß versichern, daß ich bisher die Meinung nicht einer einzigen deutschen Regierung über diese Sache sondirt habe, nicht einmal die der preußischen, und daß ich, weil ich auf die laut gewordenen Zweifel, auf die Zeitungsgerüchte meinerseits gar kein Gewicht lege, nicht einmal meinen preußischen Collegen und Finanzminister in dieser Sache um seine Ansicht zu fragen Gelegenheit gebot habe. (Hört! links.) Die Herren schreien „Hört!“, dadurch wollen Sie mir gegenüber wiederum insinuieren — ich bin ja in Beziehung auf Insinuationen mir gegenüber heut zu Tage sehr hellhörig — ich versüße also, ohne den preußischen Finanzminister zu fragen. Ich habe sagen wollen, das Erste, wenn ich solche Absichten hätte, wäre doch wohl, daß ich mit dem preußischen Finanzminister spräche, da ich ohne die 17 preußischen Stimmen im Bundeßrat wenig machen kann und in dieser Beziehung ja wesentlich von dem preußischen Finanzminister abhängen würde. Also darf bitte ich, dieses insinuante „Hört! Hört!“ richtig zu stellen dadurch, daß gerade der preußische Finanzminister die wichtigste Person ist, sehr viel wichtiger, als irgend eine andere. (Heiterkeit) Ich bitte Sie also, das Nichtvorhandensein der Zweifel an der Stetigkeit unserer Gesetzgebung durch anzuerkennen, daß Sie über diese Interpellation ich sage nicht zur Tagesordnung übergehen, aber eine weitere Discussion der Frage daran nicht knüpfen. Wünschen Sie es, so bin ich bereit, Rede zu stehen. Damit Sie beurtheilen können, ob ich mit Recht die Silberverkäufe sistirt habe, bitte ich aber zunächst um das Wort für den Herrn Botschafter, um die Thatsachen vorzutragen, welche mich bestimmt haben, diese Anordnung zu treffen.

Abg. Dr. Bamberger beantragt in die Besprechung der Interpellation einzutreten. Vorher das Haus sich darüber entscheidet, erhält der Präsident das Wort vom Commissarius des Bundeßrates, Präsident der Reichsbank v. Dechend: Es sind bis jetzt Silbermünzen eingeschmolzen rund 629 Millionen und verkauft rund 539 Millionen, davon etwa 1/3 in den ersten vier Jahren durch die Deutsche Bank, die anderen 2/3 1877—8 durch die Reichsbank. Der Verlust an diesen Verkäufen beträgt 14% Proc., 89,484,073 Mark (Hört!), davon gehen indessen 24,572,000 Mark ab für Abmündung und anderweitige Ausprägung der Münzen. Der eigentliche Verkaufsverlust beträgt nur 64,911,980 Mark. Das Silber ist hierbei durchschnittlich verkauft worden zu 54% Pence per Unz Standard abzüglich der Kosten. Seitdem ist der Preis des Silbers sehr erheblich gesunken und in den letzten 7 Monaten bis zum 19. Mai d. J., dem Tage der Sistirung der Silberverkäufe bis auf 50, zeitweise bis auf 48½ Pence. Das ergibt für unsere Verkäufe einen Verlust von 21 Proc. Auch wir haben uns diesen Preis gefallen lassen müssen. Das in diesem Jahre verkaufte Silber im Betrage von 28 Millionen hat hierdurch einen weiteren Verlust von 7 Millionen ergeben und es fallen sich dadurch die Gesammtverluste an dem bisher verkauften Silber auf 96½, resp. 72 Millionen (Hört!). Wieviel das Silber noch an Silber zu verkaufen hat und was das Reich daran noch verlieren wird, läßt sich ziffermäßig nicht bestimmen, weil Niemand weiß und wissen kann, wieviel von den Thalern welche seit dem Jahre 1750 ausgeprägt sind, in Laufe der Jahre eingeschmolzen und verloren gegangen sind. Einen ziemlich sicheren Anhalt für die Schätzung der Wertbemessung gewähren die Erfahrungen bei der Emission der ganz gleichartigen, demsel

Prozent. Das beweist, daß das deutsche Silber auf den Markt einen mächtigen Einfluß ausgeübt hat, und daß wir wohl thun, erst abzuwarten, welche Wirkung die Maßregel weiter ausüben wird. Eine Ausgabe von 100 oder auch nur 80 Millionen ist hierfür bedeutend genug. Ich glaube, Sie hätten wohl daran, die Reichsregierung in dieser ihrer Absicht zu unterstützen. Sie würden Ihrem Lande wie der ganzen Welt einen sehr wentslichen Dienst leisten, wenn Sie den Markt von der Angst vor dem deutschen Silber bleibend entfreien und überhaupt kein Silber mehr verkaufen ließen. Wir leiden unter den Thalern, die noch im Circus sind, in keiner Weise, und ich bin überzeugt, daß selbst die Süddeutschen sich dieselben mit Vergnügen noch einige Jahre gefallen lassen würden, wenn Sie erfahren, daß eine erhebliche Ausgabe dem Reiche erspart wird und das Ausland uns dafür segnen, wenn wir den Alp, der nun schon seit länger als 5 Jahren auf allen Verhältnissen lastet, bleibe ab von ihm nehmen.

Ich kann nur wiederholt dringend empfehlen, es bei der getroffenen Anordnung zu belassen. (Beifall.)

Auf den vorhin erwähnten Antrag des Abg. Dr. Bamberger, der bei den liberalen Parteien die genügende Unterstützung findet, tritt das Haus in die Befreitung der Interpellation ein.

Abg. Dr. Bamberger: Es war durchaus nicht die Absicht der Interpellanten und speziell nicht die meine, die Befreitung herbeizuführen und ich bedauere, daß der Herr Präsident der Reichsbank nicht zuerst die Interpellanten darüber erklärte ließ, bevor er die für sie ganz entbehrlieche Auseinandersetzung über den Stand der Silberverkäufe gab. Aber der Herr Reichskanzler hat Ihnen wiederholt und nachdrücklich den Vorwurf gemacht, daß sie, wenn sie einer richtigen Eingebung gefolgt wären, in richtiger Würdigung der Sachlage den Gegenstand hier nicht zur Sprache gebracht, daß sie verschämt hätten, vorher die üblichen Erfindungen einzuziehen und erst zu hören, ob es denn der Reichsregierung resp. dem Herrn Reichskanzler auch passe, den Gegenstand hier zur Erörterung zu bringen. Ich weise diesen Vorwurf als tatsächlich gänzlich unbegründet auf! Entschieden zurück und habe dafür die kläglichsten Zeugen. Als vor drei Monaten die Münzposition im Etat zur Discussion stand, erbat ich mir vom Präsidenten des Reichskanzleramts eine Audienz und erklärte ihm in derselben, ich hätte gehört, man wolle hier im Reichstage bei Gelegenheit des Etats die Frage anregen, ob nicht an unserer Münzgesetzgebung etwas im Sinne einer Rückkehr zu früheren Verhältnissen zu ändern wäre. Eine solche Discussion würde im höchsten Grade bedauerlich für die Verkehrs-Beziehungen des Landes sein und ich bat ihn, nach Kräften dazu beizutragen, daß der Gegenstand ohne Debatte vorübergehe. Ich fragte ihn zugleich, ob ihm etwas von solchen Absichten bekannt sei und erhielt von ihm die Antwort, daß er seinerseits keine Kenntnis von dergleichen habe.

Das Uebrige, was an Erklärungen ausgetauscht worden ist, gehört nicht zur Sache. Ich habe deshalb damals verschiedene Freunde gewarnt, nicht diese gefährliche Debatte zu veranlassen, und dieselben haben auf meinen Rat gehört. Seitdem wurde in den öffentlichen Blättern, die der Regierung nahe stehen und die oft zu den Kanonenbüßen, wie sie der Reichskanzler einmal nannte, benutzt werden, mit denen er die Truppen vom Beginn der Schlacht avertiert, namentlich in der „Nord. Allg. Ztg.“ auch der Schädlichkeit der Münzreform erwähnt, und es galt überhaupt als ausgemacht, daß da mit der ganzen Gesetzgebung der national-liberalen Aera außergeräumt werden sollte, auch die Münzreform an die Reihe kommen müsse. Ich wurde damals schon, auch nachdem eine etwas gelinde Dementirung in dieser Zeitung erfolgt war, von den verschiedensten Seiten, und zwar nicht von der linken Seite des Hauses gefragt, ob es nicht dringend nothwendig sei, durch eine Interpellation Aufklärung über diese wichtige Frage herbeizuführen. Ich weigerte mich ausnahmslos, eine Interpellation zu stellen, weil es mir unverständlich schien, daß die Reichsregierung ernstlich mit solchen Plänen umgehe und die Gefahr, die Sache hier in Gang zu bringen, andererseits zu groß war. Nun trieb sich die Sache so weiter; in der Presse hörte sie gar nicht auf, namentlich in derjenigen, welche die herrschende Strömung vertritt. Ich erinnere z. B. an die „Volkswirtschaftliche Correspondenz“, welche ja unter dem Protectorat v. Kardorff's steht und sich infolge bis jetzt sehr prophetisch gezeigt hat, als sie längst die wirtschaftliche Rückkehr verkündet hat, in die wir bereits eingetreten sind. In jeder Woche brachte diese Publication Artikel des Inhalts, daß es ganz entschieden zu erwarten sei, wir würden zu diesem Schritt übergehen und mir wurden die Artikel zur besonderen Kenntnahme zugeschickt.

Dergleichen Manifestationen wiederholten sich in einer Reihe gleichgesinnter Blätter. Immerhin verschloß ich mich auch damals noch jeder Zuminthung, den Gegenstand zur Sprache zu bringen, bis die vorhin erwähnten öffentlichen Vorgänge in England die Meinung des handelstreibenden Publikums so stark beeinflussten, daß zur Veruhigung Derjenigen, die sich beunruhigt fühlten außerhalb des Hauses, eine Reinigung der Atmosphäre hier unausweichlich nothwendig geworden war. (Sehr richtig! links.) Wir mischen uns nicht im Geringsten in die Frage der Sistirung des Silberverkaufes, darum handelt es sich für uns im Augenblick nicht. M. H., noch viel mehr. Das Wichtigste hätte ich Ihnen beinahe zu sagen vergeßt, weil die Thatsachen und Umstände sich so zusammendrängen, daß ich im Augenblide nicht dafür stehen kann, ob ich Ihnen auch nur das Wichtigste sage, was durch die ungerechten Vorwürfe des Reichskanzlers angeregt worden ist. Als in der vorigen Woche diese Depeschen nach einander eintrafen und dazu die entsprechenden Berichte in den Zeitungen und die Präoccupation hier im Hause traten, als von den verschiedenen Seiten — und es stehen ja auch die Herren von der anderen Seite, mit denen wir keine politische Gemeinschaft haben, unter der Interpellation, — gedrängt wurde, Echt in die Dinge zu bringen, versammelten sich eine Anzahl Mitglieder dieses Hauses, 8 oder 10, die von jeher gewohnt sind, sich mit diesen Dingen zu befassen und berieten über die Frage, ob eine solche Interpellation zu stellen sei. Das war vergangenen Freitag in einem Fraktionsszimmer dieses Hauses. In dieser Privatberatung erklärte ich, daß ich nur dann zur Stellung der Interpellation mich entschließen könne, wenn vorher der Regierung Gelegenheit gegeben würde, sich über dieselbe zu erklären, und ich hatte die Mehrheit der Ansichten für mich. Es wurde beschlossen, den Abg. Delbrück als denjenigen, der das Wort eventuell zu führen hätte, zu bitten, das Präsidium des Reichskanzleramts zu benachrichtigen (Hört, hört! links), es sei die Absicht eine solche Interpellation zu stellen, falls uns nicht Zusicherungen gegeben würden, die sie für unsere Ueberzeugung als entbehrliech er scheinen ließe.

Der Abg. Delbrück übernahm diese Mission. Am Sonnabend fragte ich, ob er Antwort habe, er erklärte mir, der Präsident des Reichskanzleramts habe ihm gesagt, er hätte den Reichskanzler noch nicht sprechen können und verzage seine Antwort auf Montag. Am Montag erhielten wir Bescheid durch den Abg. Delbrück, daß ihm die Antwort geworden wäre: es sei zwar die Interpellation nicht willkommen, man werde sie aber beantworten (Hört, hört! links), zu unserer Bechwichtigung, daß an der Sache nichts wäre. Von einem Angebot auf irgend eine Weise diese Bechwichtigung der öffentlichen Meinung herbeizuführen, die wir verlangten, ja davon war mit keiner Silbe die Rede. (Hört, hört! links. Zuruf: Mit Recht!) Mit Recht? So versteht sich der Herr, welcher mir dies zuruft, in die Lage derer, die ausdrücklich von der Regierung über eine die öffentliche Meinung und den gangen Verlehr auf das Ernsteste präoccupirende Frage Aufklärung wollen und von ihr eine Antwort bekommen, die keine ist! Da erst waren wir in die Nothwendigkeit versetzt, das letzte und äußerste Mittel zu versuchen, das uns übrig blieb. Wir hatten den aufrichtigen Wunsch, es würde eine einfach ablehnende Erklärung von Seiten der Reichsregierung kommen, die jede Discussion entbehrliech mache. Aber nachdem der Herr Reichskanzler seine Auseinandersetzung mit diesen, wie es scheint, jetzt vollständig widerlegten Vorwürfen begonnen, den größten Nachdruck darauf gelegt, gewissermaßen die Verantwortung für die Zukunft den Interpellanten zugeschoben hat, kam es nur wesentlich darauf an, klarzustellen, daß nichts verfälscht worden ist in diesen Dingen und, daß, wenn Jemand sich nicht bemüht von den Folgen, welche ein unrichtiges Verfahren hier nach sich ziehen könnte, es nicht die Interpellanten gemeint sind, denn sie haben Alles getan, um die Interpellation zu vermeiden. Wenn der Reichskanzler gesagt hat, es sei an sich gar kein Grund auf solche Gerüchte hin, auch wenn sie aus England gekommen seien, sich zu beunruhigen, so muß ich ganz einfach antworten: die Sache ist, folglich kann sie auch sein. Die ganze Welt hat sich mit der Sache beunruhigt, hat sich damit beschäftigt, es gibt keine nennenswerthe Zeitung, die den Gegenstand nicht in dem einen oder dem anderen Sinne interpretiert hätte.

Wenn der Reichskanzler, ich will einmal davon absiehen, ob das vielleicht eine Insinuation gewesen ist, ich glaube, bis jetzt schon aus Respect vor dem Reichskanzler es nicht annehmen zu sollen, zunächst aber auch aus Respect vor mir und den anderen Interpellanten — wenn er eine Andeutung gemacht hat, als könnten vielleicht Leute, die Silber verkaufen, interessiert sein, die Silberverkäufe nicht sifst zu sehen, so will ich darauf nicht eingehen. Es wäre unter der Würde des Reichstags und meiner Person, dergleichen Conjecturen irgendwie auch nur zu widerlegen. Aber diejenigen, die mich am meisten drängten zu interpellieren, sagten: hier liegt eine Nachricht von Lord Odo Russell vor, der englische Generalconseil in Berlin ist Mitglied des Ausschusses der Reichsbank (Hört!), und was liegt nun näher, als zu denken, daß Lord Russell, wenn er seiner Regierung

einen offiziellen Bericht über die Ansichten irgendeiner finanziellen Kreisgruppe schickte, sich bei seinem Generalconseil, der zugleich Mitglied des Ausschusses der Reichsbank ist, erkundigt haben wird; und diese Vermuthung wurde dadurch noch bestätigt, daß der verfassbare Silverborrath nach dem Ermeß der Herren, die darüber eine Meinung zu haben glauben, ziemlich der Wahrheit gemäß beziffert wurde. Die Vermuthung, daß Lord Russell aus nicht ganz gleichgültigen Quellen geschöpft habe, war also nicht so unbegründet, zumal man wußte, daß die betreffenden Finanzleute, die sich für Autoritäten in diesen Dingen halten, auch von jeher der Meinung waren, Deutschland hätte Unrecht gehabt, die Doppelwährung zu verlassen. Natürlich mußten diese Commentare auch auf die Börse in Deutschland und im Ausland, da diese ja von solchen Dingen sofort Act nehmen, starfen aus. Der belgische „Moniteur des intérêts matériels“ bringt folgende kurze Notiz zu der Rede Göschens und den Depeschen: d'autre part disons que parmi les pieces deposées cette semaine sur le bureau du Parlement au sujet de la discussion du budget indien, se trouve une dépêche de Lord Odo Russel, ambassadeur à Berlin, annonçant virtuellement l'intention du gouvernement allemand de revenir au bimétalisme. So wurde diese ganze Nachricht mit der entsprechenden Steigerung des „res crescent eundo“ urbi et orbi mitgetheilt.

In dem geschäftsmäßig gehaltenen Börsenbericht der „National-Zeitung“ vom 16. Juni heißt es in dem Berichte über die Londoner Börse vom 14. Juni: Barrenphil, welsches bis Donnerstag immer matter geworden war, schnellte am letzten Tag, wo es bis auf 51% D. gekommen war, plötzlich um 1% D. in die Höhe, so daß es gegenwärtig auf 52% D. steht, und amerikanische Dollars stiegen von 51% auf 52% D. Grund dieses rapiden Steigens war das Belanntwerden des von Lord Odo Russell erststatteten Berichts über die deutschen Münzverhältnisse und der darin ausgedrückten Ansicht, daß Deutschland möglicherweise bald zu einer Doppelwährung übergehen werde. Mit dieser Motivirung habe ich genug für die unabwendbare Nothwendigkeit des Schrittes, der uns aufgedrägt worden ist, gesagt. Ich will nur noch hinzufügen, daß es in dem wördlichen Text von Odo Russell's Depesche nicht heißt „die Finanzmänner“, sondern im Allgemeinen „Finanzmänner.“ Lord Odo Russell adds, that it is generally believed by financial men in Germany, that the German Government are preparing to introduce and adopt the double standard as in France. Aus diesen Auseinandersetzungen werden Sie, wenn Sie auch noch so sehr zu Gunsten des Reichskanzlers zu präsumiren geneigt sind, daß er sich jetzt mit Recht über die linke Seite beklagt, ersehen, daß ich nur aus diesem Grunde die Debatte veranlaßt habe. Ich konnte leider im Rahmen einer persönlichen Bemerkung diese Richtigstellung gegen eine vollständig ungerechte Anlage im eigenen und im Namen meiner Mitinterpellanten nicht geben. Ich habe noch gestern dem Reichskanzleramtspräsidenten mündlich ausführlich erklärt, daß es uns nicht in den Sinn gekommen ist, uns in die Frage der Silberverkäufe einzumischen, am allerwenigsten Sie hier zur Sprache zu bringen. Das sind Fragen der Executive, die nicht blos für die öffentliche Erörterung ungeeignet sind, sondern für welche die Parlamentsmitglieder gar keine Kompetenz haben.

So lange die Münzgesetzgebung noch im Gange war, habe ich mich oft im Widerspruch mit dem letzten Finanzminister — zu der Ansicht bekannt, daß wir rasch das Silber verkaufen müssen, weil ich der Meinung war, daß es nur bergab gehen könnte. Bis vor einem Jahre hatte ich öfter die Ehre, mich mit dem Präsidenten der Reichsbank über die Frage zu unterhalten, ob die Regierung gut thue, Silber weiter zu verkaufen, oder nicht und stets waren wir ziemlich derselben Meinung hierin. Jetzt habe ich mich enthalten, die Unterhaltungen fortzusetzen, weil sich meine Stellung zur Regierung ja verändert hat, aber da der Präsident der Reichsbank die Sache zur Sprache gebracht hat, muß ich doch noch folgendes anführen. Die Frage, ob Deutschland eine Einwirkung gehabt hat auf die ungeheure Depression des Silbers, wie wir sie seit Jahren in unerhörter Weise erleben, ist bekanntlich eine Controverse, aber selbst wenn man der nur von Wenigen getheilten und täglich von den Thatsachen widerlegten Meinung wäre, daß Deutschlands Silberdemontierung diesen Sturz des Silbers herbeigeführt habe, müßte man unterscheiden zwischen bloßer Sifstirung von Silberverkäufen und einer Rückkehr zur Silberwährung. Es kann ja ganz gut sein, daß ein momentanes Sistiren von Silberverkäufen auf das Steigen der Preise des Silbers wirkt und ich hätte es ganz gut begriffen, wenn die Reichsregierung resp. der Präsident der Reichsbank, welcher die Sache, so weit ich es verfolgen konnte, mit ganz vorzüglicher Sachkenntniß und großer Aufmerksamkeit bis jetzt dirigirt hat, wenn der ganz im Stillen die Silberverkäufe eingestellt und für sich, meinetwegen aus Angst vor dem Reichskanzler beklauten hätte, nun einmal vom Markte wegzubleiben und das Silber steigen zu lassen. Statt dessen, wie wurde die Sache in die Welt gebracht? Zuerst wurde verkündet, daß auf einer politischen Soirée der Reichskanzler den Bankpräsidenten angewiesen habe, er solle in Zukunft die Silberverkäufe sistiren. Das erinnerte wieder stark an den Kanonenabschluß, es wurde ausgelegt als Avertissement, daß man gerade die Nachricht in die Öffentlichkeit bringen wolle. Nicht das bloße Sistiren der Silberverkäufe kann, wenn es bekannt wird, dauernd wirken.

Auch der Bank-Präsident wird nicht behaupten wollen, daß die bloße Thatsache der Sifstirung der Verkäufe, ohne einen Beschluss, auch weniger Silber für alle Zukunft zu verkaufen, auf den Markt einwirken wird. Ich glaube auch, daß es durchaus in diesen großen Operationen nicht die richtige Politik ist, anzunehmen, man könne die öffentliche Meinung und die sehr scharfsinnigen Mitintereessenten in diesen Dingen durch falsche Manöver überlisten, wenn man es auch für erlaubt hielte, solche Manöver zu machen. So lag wie wir, sind die Herren dem amerikanischen, englischen und indischen Silbermarkt auch, wichtig für sie ist die Entscheidung nur, wenn sie die Bedeutung haben kann, die ihr die öffentliche Meinung unterlegen hat. Nun würde ich ja mit der größten Freude eine Erklärung des Reichskanzlers entgegen nehmen, daß er der Ansicht wäre, es läge kein Grund zu einer Beuruhigung in dem Sinne vor, daß eine Ansicht vorwalte, zu etwas, wie eine grundsätzliche Veränderung unseres Münzgesetzes überzugehen, und ich will hier gleich einführen lassen, daß der prozessualische Einwand, daß das Wort „Regierung“ bei der Interpellation gebraucht sei, mich sehr wenig unglücklich gemacht hat. Zunächst ist durch einen lapsus das Wort „Reichs“ weggeblieben und sollte heißen Reichsregierung. Hätten wir eine aufrichtige, den Thatsachen entsprechende Sprache sprechen dürfen, so hätten wir gesagt: Beabsichtigt der Reichskanzler etwas an der Münzgesetzgebung zu ändern? Denn ohne den verbündeten Regierungen oder dem Hause nahe zu treten, ich glaube doch, es sind doch gesichtliche Erfahrungen in der neuesten Zeit genug gemacht worden, welche zeigen, wie etwas, wie eine grundsätzliche Veränderung unseres Münzgesetzes überzugehen, und ich will hier gleich einführen lassen, daß der prozessualische Einwand, daß das Wort „Regierung“ bei der Interpellation gebraucht sei, mich sehr wenig unglücklich gemacht hat. Zunächst ist durch einen lapsus das Wort „Reichs“ weggeblieben und sollte heißen Reichsregierung. Hätten wir eine aufrichtige, den Thatsachen entsprechende Sprache sprechen dürfen, so hätten wir gesagt: Beabsichtigt der Reichskanzler etwas an der Münzgesetzgebung zu ändern? Denn ohne den verbündeten Regierungen oder dem Hause nahe zu treten, ich glaube doch, es sind doch gesichtliche Erfahrungen in der neuesten Zeit genug gemacht worden, welche zeigen, wie etwas, wie eine grundsätzliche Veränderung unseres Münzgesetzes überzugehen,

Auch der Bank-Präsident wird nicht behaupten wollen, daß die bloße Thatsache der Sifstirung der Verkäufe, ohne einen Beschluss, auch weniger Silber für alle Zukunft zu verkaufen, auf den Markt einwirken wird. Ich glaube auch, daß es durchaus in diesen großen Operationen nicht die richtige Politik ist, anzunehmen, man könne die öffentliche Meinung und die sehr scharfsinnigen Mitintereessenten in diesen Dingen durch falsche Manöver überlisten, wenn man es auch für erlaubt hielte, solche Manöver zu machen. So lag wie wir, sind die Herren dem amerikanischen, englischen und indischen Silbermarkt auch, wichtig für sie ist die Entscheidung nur, wenn sie die Bedeutung haben kann, die ihr die öffentliche Meinung unterlegen hat. Nun würde ich ja mit der größten Freude eine Erklärung des Reichskanzlers entgegen nehmen, daß er der Ansicht wäre, es läge kein Grund zu einer Beuruhigung in dem Sinne vor, daß eine Ansicht vorwalte, zu etwas, wie eine grundsätzliche Veränderung unseres Münzgesetzes überzugehen, und ich will hier gleich einführen lassen, daß der prozessualische Einwand, daß das Wort „Regierung“ bei der Interpellation gebraucht sei, mich sehr wenig unglücklich gemacht hat. Zunächst ist durch einen lapsus das Wort „Reichs“ weggeblieben und sollte heißen Reichsregierung. Hätten wir eine aufrichtige, den Thatsachen entsprechende Sprache sprechen dürfen, so hätten wir gesagt: Beabsichtigt der Reichskanzler etwas an der Münzgesetzgebung zu ändern? Denn ohne den verbündeten Regierungen oder dem Hause nahe zu treten, ich glaube doch, es sind doch gesichtliche Erfahrungen in der neuesten Zeit genug gemacht worden, welche zeigen, wie etwas, wie eine grundsätzliche Veränderung unseres Münzgesetzes überzugehen,

Denn sowie die Welt erfahren hatte, daß der Reichskanzler, den sie draußen vielmehr als in Deutschland für die Omnipotenz in Deutschland betrachten — ich sage das nicht im Tone eines Vorwurfs gegen den Reichskanzler, denn ein Vorwurf könnte nur gegen die Nation darin enthalten sein, nicht gegen den, dem eine solche Macht von der Nation zugewiesen wird, und der sie menschlich nach bestem Wissen und Gewissen anwendet und ausnutzt, ich sage das nicht mit dem leisen Anflug von Fronte, ich constate bloß eine Thatsache — wenn die Welt erfahren hätte, daß der Reichskanzler die Ansicht hat, Deutschland zur Silber- oder Doppelwährung zurückzuführen, so hätte eine Reihe deutscher Blätter Hoffmann angeschlagen und erklärt, nun könne auch nicht mehr der geringste Zweifel herrschen. Was ich in der Stille meines Herzens gedacht hätte, gehört hier nicht zur Sache. Sofort hätte das Ausland sich für die neue Sachlage gerüstet, es hätte Alles, was es von Deutschland zu fordern hat, in der Furcht, daß in Zukunft in entwertetem Gelde gezahlt werde, zurückgezogen, es wäre ein Rennen auf die Bank gekommen, um das Geld herauszuholen, und wir hätten, ehe die Maßregel beschlossen oder beantragt worden wäre, faktisch einen solchen Zustand gehabt, welcher uns gewungen hätte, aus Roth schon zu dieser angezeigten Maßregel zu greifen. Aus diesen Gründen war es wahrlich sehr angezeigt, jeden Verdacht dieser Art aus der Welt zu schaffen und namentlich dem Reichskanzler Gelegenheit zu geben, hier vor der Welt zu erklären, daß etwas dergleichen ihm nicht in den Sinn komme. Nur bin ich geneigt, gerade diesen Sinn seiner Erklärung aufzustellen, daß nichts verfälscht worden ist in diesen Dingen und, daß wenn Jemand sich nicht bemüht von den Folgen, welche ein unrichtiges Verfahren hier nach sich ziehen könnte, es nicht die Interpellanten gemeint sind, denn sie haben Alles getan, um die Interpellation zu vermeiden. Wenn der Reichskanzler gesagt hat, es sei an sich gar kein Grund auf solche Gerüchte hin, auch wenn sie aus England gekommen seien, sich zu beunruhigen, so will ich ganz einfach antworten: die Sache ist, folglich kann sie auch sein. Die ganze Welt hat sich mit der Sache beunruhigt, hat sich damit beschäftigt, es gibt keine nennenswerthe Zeitung, die den Gegenstand nicht in dem einen oder dem anderen Sinne interpretiert hätte.

Wenn der Reichskanzler, ich will einmal davon absiehen, ob das vielleicht eine Insinuation gewesen ist, ich glaube, bis jetzt schon aus Respect vor dem Reichskanzler es nicht annehmen zu sollen, zunächst aber auch aus Respect vor mir und den anderen Interpellanten — wenn er eine Andeutung gemacht hat, als könnten vielleicht Leute, die Silber verkaufen, interessiert sein, die Silberverkäufe nicht sifst zu sehen, so will ich darauf nicht eingehen. Es wäre unter der Würde des Reichstags und meiner Person, dergleichen Conjecturen irgendwie auch nur zu widerlegen. Aber diejenigen, die mich am meisten drängten zu interpellieren, sagten: hier liegt eine Nachricht von Lord Odo Russell vor, der englische Generalconseil in Berlin ist Mitglied des Ausschusses der Reichsbank (Hört!), und was liegt nun näher, als zu denken, daß Lord Russell, wenn er seiner Regierung

uns zu verlangen. Ich habe es meinesheils an und für sich nicht für nötig gehalten, daß die Reichsregierung sich dazu autorisieren lasse. Es ist im Reichsgesetz gar kein Termin gestellt für die Durchführung der Silberverkäufe; die Reichsregierung ist auch von den, die sich für die Durchführung der Münzreform interessieren, bis jetzt in offizieller Weise nie belästigt oder gedrängt worden, hier einen Termin zu setzen, und es ist deswegen etwas auffällig, daß von einer Maßregel gesprochen wird, die ihrerseits auch wieder falsch interpretiert werden könnte, als beabsichtigt man, etwas Weiteres damit vorzubereiten. Ich hoffe, auch diese Zweifel wird die Deutsche befreiten. Jede Abfertigung der Interpellanten durch den Reichskanzler, um ihnen zu sagen, wie kommt ihr so thöricht sein, zu glauben, Deutschland denke unter den heutigen Umständen an eine Abchaffung der Goldwährung, im Prinzip, wäre mir willkommen gewesen, sie hätte nicht scharf genug sein können, und wenn der Reichskanzler gefragt hätte, ich erkläre die Leute für wahrhaft lächerlich, weil sie es für nötig halten, eine solche Interpellation zu stellen, so hätte ich das mit dem größten Danke entgegengenommen. (Große Heiterkeit.) Ich habe etwas Derartiges gewünscht, denn das ist wahr und ich darf es jetzt, wo der Reichskanzler von sich und seinen Verbündeten den Gedanken abgewichen hat, daß er an eine wirkliche Änderung unseres Münzgesetzes denkt, sagen, ohne jemand nahe zu treten, es wäre in der That ein wahrer Abderitreich, unter den heutigen Umständen an eine derartige Änderung zu denken und es wäre zugleich die größte Föderalität. Kein civilisiertes Land hat mehr die Doppelwährung. (Oho! rechts.)

In den Auseinandersetzungen der letzten Pariser Konferenz ist es constatirt. Die Silberwährung besteht faktisch und gesetzlich in keinem civilisierten Lande, in ganz Europa nicht, auch nicht in Nordamerika, weil die Ausmünzung auf eine bestimmte Anzahl Dollars beschränkt ist. Nur die kleinen Abenteuerstaaten in Central-Amerika haben etwas der Art, und auch diese nicht einmal in Form einer wirklichen Gesetzgebung. Dabei ist Deutschland in der glücklichsten Lage von allen Ländern: wir haben nur die 300, oder noch gegriffen 400 Millionen Mark vielleicht noch zu verkaufen, wenn nicht auch eine kleine Veränderung gemacht wird, die ja im Laufe der Dinge und Zeiten ganz wohl angebracht sein kann. Was wird das gegen die anderen Länder heilen, gegen England, das in den schwersten Verlegenheiten ist wegen seines Budgets für Indien, und das auf uns drückt und uns beständig verloren will, noch etwas an unserer Währung zu machen, weil es seinen Interessen dient. (Sehr richtig! links.) Holland mußte auch seine Münzgesetzgebung sistiren. Der ganze lateinische Bund, der bis 1878 auf 15 Jahre abgeschlossen war, wurde mit Hängen und Würgen auf 6 Jahre nur unter der ausdrücklichen Bedingung verlängert, daß alle Staaten sich verpflichteten, keine neuen Silbermünzen während dieser sechs Jahre zu prägen, und es soll der Widerpruch eines einzigen Staates genügen, dieses Verbot aufzuheben. In Österreich wird das Papier dem Silber entschieden vorgezogen, und der österreichische Finanzminister hat in dem österreichischen Reichsrat erklärt, er habe die Silber-Ausprägung inhibirt, damit nicht ein Agio des Papiers auf Kosten des Silbers herbeigeführt werde. Demnach hätten die Staaten, welche die einfache Goldwährung verlassen wollen, besser, zur Papierwährung anstatt zur Silberwährung überzugehen. Der ehemalige Minister Malou in Belgien, ein Anhänger der Doppelwährung und für das Centrum gewiß eine Autorität,

lief gewesen, mich über die Sache zu befragen in einer Weise, die man doch auch anderweitig anwenden könnte. Ich würde mich in vier Wänden vollständig umwunden ausgeschlossen haben und umwundener, als ich glaube, es vor der Öffentlichkeit thun zu sollen. Den Vorwurf habe ich gemacht, daß Sie das unterlassen hätten, und daß Sie das unterlassen haben, hat der Abg. Bamberger in seiner Weise widerlegt, obwohl er sich vorher das Ansehen gegeben hat, als hätte er diesen Vorwurf als einen unrechtmäßigen zurückgewiesen. Denn wenn er dem Reichskanzler amtspräsidenten angekündigt hat, Sie würden diese Interpellation stellen, wenn ich nicht freiwillig vorher eine Erklärung gäbe, was mir übrigens nicht gemeldet worden ist, so ist es doch himmelweit verschieden, ob Sie mich fragen, was ich Ihnen antworten würde, oder ob Sie mich fragen, ob die Interpellation opportunität gewesen.

Der Vorredner hat mein Beispiel von dem Lemberger Juden sehr viel schneller verwirkt, als ich es für möglich hielt; ich bin schuld, daß die Interpellation gestellt ist, ich habe sie durch freiwillige Ausantwortung und Beleidigung nicht verhindert; ja, es fehlt aber noch, daß er sagt: in Folge der Antwort, die ich auf die Interpellation gegeben habe, sei sie gestellt worden. (Heiterkeit.) So ungefähr dreht sich die Sache herum. Ich kann nicht alle und namentlich ganz unmotiviert — ich will nicht den Ausdruck frivol gebrauchen, den der Vorredner gebraucht hat — ganz unmotivierte Befürchtungen berücksichtigen — wie ich über die nächsten soll und Zeitungen lesen und mit den Kopf zerbrechen, wie ich die beschwichtigen soll, das fällt mir nicht im Traume ein und Herr Bamberger mag fürchten, was er will, ich würde ihn nicht beruhigen. Ich thue meine Dienste nach allen Richtungen hin. Und zu sagen: wir haben die Interpellation stellen müssen — ich glaube, er sagte, sie hätten Alles getan, um die Interpellation zu vermeiden, nun, doch nicht Alles, sie konnten sie einfach nicht stellen, dann war sie vermieden. (Heiterkeit.) Zeitungsberichte, Zeitungen — wer hat diese Artikel in den Zeitungen geschrieben? Ich will das nicht untersuchen; jede Zeitung nimmt sie, wenn sie geschickt und von sachverständiger Feder geschrieben sind. Der Herr Vorredner sagt, er hätte die Silberverläufe gar nicht berühren wollen, aber seine ganze Argumentation knüpft sich an die Gerüchte, die in Folge der Sitzung der Silberverläufe entstanden sind und für jeden redlichen Deutschen ein viel größeres Gewicht bekommen, wenn sie in englischer Sprache herüberschallten, als wenn sie in unserer eigenen zum Ausdruck gelangen. Der Vorredner hat von meiner Anerkennung, daß zunächst durch die Sitzung der Silberverläufe diejenigen, welche gewohnt waren, den Anlauf zu beforschen, empfindlich berührt hätten sein sollen, gefragt, er wolle sie nicht als Insinuation bezeichnen. Ich habe damit in der That eine Insinuation nicht verbunden, sondern ich habe nur erklären wollen, wie auf ganz natürlichem Wege solche Redereien entstehen.

Wenn der Vorredner dagegen seinerseits insinuiert, daß der mutmaßliche Urheber dieser Gerüchte der britische Generalconsul, das Bankhaus Bleichröder sei, wenn durch standlose und schändliche Prozesse weltbekannt ist, daß dieses selbe Bankhaus mein Banquier und Geschäftsführer in Privatangelegenheiten ist, so ist mir dabei doch das Gefühl gewesen, als höre ich die Reichsglocke Klingeln — nicht die des Herrn Präsidenten, sondern eine andere — und ich möchte dem Vorredner doch empfehlen, mich auf dieses Gebiet nicht herauszufordern; ich habe nicht geglaubt, daß solche Ankläge hier in dieser Versammlung auch nur in der vorsichtigsten Andeutung möglich sind. (Bravo! rechts.) Mir ist bekannt, daß der Banquier Bleichröder ein Gegner der Goldwährung ist und immer gewesen ist; daß wird auch wahrscheinlich dem Botschafter derselben Macht, für die Herr Bleichröder Consul ist, bekannt sein und er wird also daraus weiter kein Gewicht legen. Wenn er nach wie vor von seinem finanziellen Urteil aus die Doppelwährung für richtig hält, so wird das für den Botschafter nichts Neues gewesen sein. Es müssen doch noch andere Leute mit dieser Insinuation gekommen sein, auf die er dabei Bezug nimmt, und ich kann das wiederholen, daß alle die Atenstücke, die der Vorredner näher noch angeführt, von belgischen Zeitungen, belgischen Ministern, von englischen Correspondenten — er hat einmal, wenn ich recht verstanden habe, englisch vorgelesen, aber das kann mir nicht den mindesten Eindruck machen. Ich bestreite absolu, daß die Aufregung und die Befürchtung vor unüberlegten Schritten der Reichsregierung in dem Maße vorhanden gewesen ist, daß sie irgend einer Beruhigung bedarf hätte; und wenn die Interpellation keinen anderen Zweck gehabt hat, als diese Beruhigung für das Publikum herbeizuführen und die angeblich vorhandene Unruhe zu bekämpfen, dann sage ich nur, sie ist ein verfehlter Schritt gewesen. (Sehr gut! Beifall rechts.)

Präsident von Decken: Ich habe die Insinuation, die Hinweisung auf Herrn von Bleichröder auf mich bezogen und beziehen müssen, da Herr Dr. Bamberger ganz besonders darauf Bezug genommen hatte, daß Herr von Bleichröder Mitglied des Centralausschusses der Bank sei und daß er die Silberbestände der Reichsbank genau kenne. Ich kann nur bestätigen, daß Herr von Bleichröder in der That Mitglied des Centralausschusses ist, und daß er als solcher auch Kenntnis von den Silber- und Goldbeständen der Bank besitze. Aber ich verstehe nicht, wie dies in Zusammenhang gebracht werden kann mit der Reichsregierung. Die Bank ist doch nicht die Reichsregierung, und was er von der Bank weiß, hat mit der Reichsregierung gar nichts zu thun. Die Reichsbank kann daher unmöglich die Quelle sein, aus welcher Herr von Bleichröder geschöpft hat, wenn er überhaupt irgend etwas mit der Sache zu thun hat.

Präsident des Reichskanzleramtes Hofmann: Der Herr Abg. Bamberger hat, wenn ich richtig verstanden habe, angeführt, daß mir bei den Unterredungen über die Abicht die Interpellation zu stellen, mitgetheilt worden sei, daß die Herren Interpellanten bereit seien, auf die Interpellation zu verzichten, wenn ihnen eine beschwichtigende Erklärung zu Theil werde. Eine solche Mittheilung ist mir gegenüber nicht erfolgt. (Hört! hört! rechts.) Mir wurde die Absicht als feststehend mitgetheilt zu interpellieren, und zwar mit dem Bemerkern, daß man mit Rücksicht auf die Vorgänge in London nicht anders könne, daß es nötig sei, die Interpellation zu stellen. Ich wurde erucht, dem Herrn Reichskanzler von dieser Absicht Mittheilung zu machen und gefragt, ob bei der Fassung der Interpellation etwa ein Anlauf obwalte. Ich habe dem Herrn Reichskanzler die Mittheilung gemacht und ich habe, wie der Herr Abg. Bamberger auch ganz richtig erwähnt hat, dann die Antwort gegeben, daß der Herr Reichskanzler die Interpellation nicht als erwünscht ansiehe, daß aber, wenn sie erfolgen sollte, die Antwort werde gegeben werden.

Abg. v. Kardorff bedauert, daß durch diese Interpellation der Bevathung des Zolltarifes so viel Zeit entzogen sei; er könne aber Bamberger nicht unwiderprochen lassen. Goldwährung und Freihandel seien für denselben gewissermaßen ein religiöses Glaubensbekenntniß, er besitze auf diesen Gebieten eine große Belesertheit. Redner will aber nicht aus eigener Autorität antworten, er verweist auf den Franzosen Wolowski und den Engländer Ernest Seyd, die für den Fall der Demonetisierung des Silbers prophezeiten hätten, daß dann der internationale Geldhandel zurückspringe, daß alle Unternehmungslust, alle Eisenbahnbauten aufhören, daß der Preisrückgang alle Nationen zum Uebergang vom Freihandel zum Schutzhystem zwingen würde; daß das fundirte Eigentum (solid property) und die arbeitenden Klassen dadurch geschädigt und nur den Besitzern von Staatspapieren ein Nutzen erwachsen würde. Das englische Unterhaus-Mitglied Gössen habe mehrmals gefaßt, daß die Goldwährung für Deutschland kein Segen sei. In Frankreich und Amerika bestehre die Doppelwährung, und wenn sie in Deutschland bestände, würde es ebenso gut daran sein, wie Frankreich. Ein Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses, Mr. Kelly, habe die Behauptung aufgestellt, daß Deutschland gar nicht freie Wahl haben werde, die Demonetisierung des Silbers rückgängig zu machen, sondern die Gewalt der Umstände würden es dazu zwingen. Wenn der Abg. Sonnemann die Erwiderung der Absignaten auf andere Gründe als die Demonetisierung des Silbers zurückgeführt habe, so sei das eine oberflächliche Betrachtung. Was Deutschland anbetrifft, so sei es in seiner Münzpolitik nicht unabhängig, sondern hänge sehr stark von der lateinischen Münzkonvention ab; wenn diese bei der Doppelwährung bleibe, könne Deutschland die reine Goldwährung nicht aufrecht erhalten; man müsse der Regierung für den von ihr gethanen Schritt den aufrichtigsten Dank aussprechen.

Abg. Delbrück bedauert, daß zwischen ihm und dem Präsidenten Hofmann ein Mißverständnis obzuwalten scheine; er glaube genau den ihm gewordenen Auftrage gemäß gesprochen zu haben. Die Antwort, daß die Interpellation dem Reichskanzler unangenehm sei, habe ich nicht so aufgefaßt, daß sie dem öffentlichen Interesse nachtheilig sei; ich habe oft Interpellationen zu beantworten gehabt, und kann wohl sagen, daß eigentlich jede Interpellation unangenehm ist. (Sehr richtig! links.) Ich würde mich direct an den Reichskanzler gewendet haben, hätte ich nicht die Verpflichtung gefaßt, seine Zeit möglichst zu schonen.

Präsident Hofmann: Ich bedauere auf das Lebhafteste, daß zwischen dem Herrn Vorredner und mir ein Mißverständnis obzuwalten scheint über dasjenige, was er mir mitgetheilt hat; aber ich muß dabei stehen bleiben, daß ich von einer Neuierung der eventuellen Geneigtheit der Herren Interpellanten von der Interpellation abzustehen, wenn seitens des Herrn Reichskanzlers eine beschwichtigende Erklärung gegeben würde, auch nicht die mindeste Erinnerung habe und daß ich sicher bin, mich in dieser Beziehung nicht zu täuschen. (Hört!)

Abg. Schröder (Lippstadt) führt aus, daß er schon vor fünf Jahren die Sitzung der Silberverläufe verlangt habe; dieselbe habe schon eine erhebliche Preisseitering zur Folge gehabt. Diese Maßregel hänge mit der Wirtschaftspolitik an das innigste zusammen; denn jeder Schatz soll verlieren durch die reine Goldwährung Österreich und Russland gegenüber seine Wirkung. Deutschland habe an den Silberverläufen schon 90 Millionen Mark verloren und werde in Zukunft noch eben so viel verlieren müssen, ehe es alles überflüssige Silber los werden könnte. Daß die Sitzung eine für Deutschland heilsame Maßregel sei, könne man daraus entnehmen, daß die "Times" dieselbe in geradezu unqualifizierbaren Ausdrücken kritisiert; der Engländer urtheile doch immer nach seinem Profit. Die Antwort, die Bamberger heute erbalten habe, sei dieselbe, die Caspar im Freischuß von unbestimmter Seite erhalten: Das wird sich finden! (Große Heiterkeit.)

Damit schließt die Debatte. Persönlich bemerkt der Abg. Bamberger:

Wenn der Herr Reichskanzler geglaubt hat, ich hätte ihm insinuirt, die Person des Herrn v. Bleichröder — die ich gar nicht mit Namen genannt habe — stehe zu ihm in einem persönlichen Verhältnisse, so ist das ein Gedanke, der mich in das höchste Erstaunen versetzt. Ich weiß nicht, wie der Herr Reichskanzler zu der Voraussetzung kommt, es würde einem Abgeordneten eintreffen, jene niedrige Angriffe, die gleichzeitig sogar gegen mich damals gerichtet wurden, an seine Person zu heften. Es zeugt das von der ungeheuren persönlichen Befangenheit, von der der Reichskanzler in seinen Anschaungen ansiegt, indem er Mitgliedern des Hauses, die ihm opponieren, derartige Verdächtigungen seiner Person unterstellt. Der Herr Reichskanzler hat den Umstand, daß die Frage hier in Unregung gebracht worden ist, in Verbindung mit der Deutschen Bank gebracht, die an den Silberverläufen ein Interesse habe. Nun war ich von 1869 bis 1871 in der Verwaltung der Deutschen Bank und habe sie damals verlassen, wie ich mich von allen geschäftlichen Dingen zurückgezogen habe, weil ich damals schon die Aera der Insinuation vorausahnte, die innerhalb wie außerhalb des Parlaments in diesen Dingen begannen würde. Um jene Ansicht des Reichskanzlers zu widerlegen, habe ich gefragt: nicht von dieser Stelle kamen die Vermuthungen, sondern sie wurden aus der Erwägung hergeleitet, daß der englische Botschafter in Berlin seine Information von dem englischen General-Consul in Berlin haben könne, der zugleich Mitglied des Ausschusses der Reichsbank ist. Wo in aller Welt steht hier ein Gedanke, der auch nur entfernt auf die Person des Reichskanzlers hinweist? (Sehr richtig.)

Abg. Sonnemann: Der Abg. v. Kardorff hat das, was ich von der Entwertung der Absignaten sage, als oberflächlich bezeichnet. Ich kann es der Beurtheilung des Hauses überlassen, in wie weit gerade Herr v. Kardorff zu einem solchen Urtheil berechtigt ist und ob er im Stande ist, die Autoritäten, die er im Munde führt, zu verstehen. Was er heute über die Münzfrage gesagt, wird einen Sachverständigen diese Fragen schärfer beantworten lassen.

Damit ist die Interpellation erledigt und setzt das Haus die zweite Bevathung des Zolltarifes fort.

Abg. Delbrück beantragt in die Position 15b „Maschinen“ folgende neue Nummer aufzunehmen: Druckwalzen für Gewebe, auch grabirte 3 M. pro 100 Klg. — Nach dem Tarifvorschlage würden sie 8 M. Zoll zu zahlen haben.

Der Antragsteller erinnert an seine, schon in erster Lesung gemachte Mittheilung, daß auch früher vor der Aufhebung des Zolles auf Maschinen der Zoll für Walzen niemals gezahlt worden sei, weil für die Druckereien die zollfreie Einführung von Druckwalzen gestattet worden sei.

Der Commissarius Geh. Rath Burchard, sowie die Abg. Melbeck und Schlieper empfehlen jedoch im Interesse der sich unter dem Drude der englischen Concurrenz nur langsam entwickelnden einheimischen Fabrikation dieser Walzen die Annahme der Vorlage, welchem Vorschlage das Haus auch beitritt.

Für Krähen und Krähenbeschläge schlägt der Tarif in Position 15b 3 einen Zoll von 36 M. vor, der bisher auf derselben Höhe stand.

Abg. v. Waenther beantragt die Erhöhung derselben auf 60 M.; weil die zur Fabrikation dienenden Materialien, Draht und Leder, bedeutend im Zoll erhöht seien, könne man das fertige Fabrikat nicht mit dem alten Zollzuge belegen.

Geh. Rath Burchard bemerkt dagegen, daß der jetzt vorgeschlagene Zoll ebenso hoch sei, als der zur Zeit des früheren Eisenkolles; während der letztere vermindert und zuletzt ganz abgeschafft sei, habe der Zoll für Krähen stets in der gleichen Höhe bestanden. Der Zoll beträfe jetzt ungefähr 7 Prozent vom Werth. Außerdem habe man ja den zur Krähenfabrikation erforderlichen Draht bedeutend niedriger tarifirt, als er vor 1877 tarifirt war.

Das Haus genehmigt die Regierungsvorlage in dieser Position, sowie in Position 15c: Wagen und Schlitten; 1) Eisenbahnfahrzeuge, a. weder mit Leder noch mit Polsterarbeit 6 pcf. vom Werth, b. andere 10 pcf. vom Werth; 2) andere Wagen und Schlitten mit Leder- und Polsterarbeit, Stück 150 Mark.

Nach Position 15d sollen See- und Flüßschiffe, sowie Schiffssutenlienen und Maschinen zollfrei sein.

Abg. Mosle wünscht den inländischen Schiffsbau zu schützen, und zwar dadurch, daß im Auslande gebaute Schiffe einer besondern Registrationsgebühr unterworfen werden; Redner hält eine solche Gebühr für um so nothwendiger, als der häufige Anlauf alter ausländischer Schiffe die Gefahr einer Verbleicherung der deutschen Kaufmannsflotte nahe lege. Einen Antrag will Redner jedoch erst in dritter Lesung stellen.

Abg. Delbrück glaubt den Schiffsbau besser dadurch schützen zu können, daß die für denselben nötigen Materialien frei gelassen werden.

Abg. Sturm bedauert, daß Mosle einen Antrag nicht eingebracht habe, es sei aber wohl besser, die Materialien zum Schiffsbau freizulassen und dies im Gesetz zu bestimmen, da es bei einer einzelnen Position nicht zu erledigen sei.

Abg. v. Kardorff spricht sich für einen Schutzoll für den Schiffsbau aus, behält sich aber Anträge bis zur dritten Lesung vor; Abg. Kortert stellt für diesen Zeitpunkt seine Opposition gegen diese Anträge in Aussicht.

Abg. Graf Stolberg (Stolberg): Wenn irgend ein Erwerbszweig durch den Tarif geschädigt werden könnte, so sei es die Reederei; deshalb müsse man jeden Zoll auf Schiffe vermeiden.

Abg. Wolffson gibt dem Abgeordneten Mosle zu bedenken, daß eine besondere Registrationsgebühr für im Ausland gebaute Schiffe die Reederei, wenngleich soweit sie nicht in den Händen von Privatpersonen sei, ins Ausland treiben würde.

Die Position wird zollfrei belassen. Ohne Debatte genehmigt das Haus die Positionen 16: Kalender — frei, 24: literarische und Kunstgegenstände — frei, und 26: Öle und Fette a. Del., 1) aller Art in Flächen und Krügen 20 M.; 2) Speiseöl in Fässern 8 M. und 3) Olivenöl in Fässern, amlich denaturirt — frei. Ein Antrag des Abg. Stephan, das Ricinusöl in diese leichte Position einzureihen, wird mit 124 gegen 102 Stimmen abgelehnt.

Schluß 4½ Uhr. Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. (Vorstellung von Elsass-Lothringen und Zolltarif.)

○ Berlin, 19. Juni. [Schluß der Reichstags-Sess.] Offiziell wird geschrieben: Man begegnet jetzt häufig der Annahme, die Reichsregierung dränge auf den Schluß des Reichstages bis zum 6. Juli. Soviel wir hören, herrscht in Regierungskreisen nicht die Zuversicht, daß die Geschäfte bis dahin jedenfalls erledigt werden können; noch weniger giebt man aber der Absicht Raum, den Reichstag vor Erledigung der wichtigen schwelenden Fragen zu schließen oder zu vertagen.

Gewinn-Liste der 3. Klasse 160. Königl. Preuß. Klasse-Lotterie. Nach dem Bericht von Engel Nachfolger, Kochstraße 20, ohne Gewähr.

Nur die Gewinne über 135 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.)

Berlin, 19. Juni. Bei der heute beendeten Sitzung sind folgende Nummern gezogen worden:

15 120 211 79 332 39 60 82 464 77 97 503 645 80 (180) 92  
150 706 21 62 97 803 902 26 47 50 51 1007 78 100 48 54 228  
39 59 71 72 75 89 306 10 16 69 (150) 79 425 64 72 502 8 76 85  
(150) 620 63 712 86 841 63 76 900 97 2058 85 185 241 56 305  
13 37 58 91 (150) 584 666 712 47 70 902 21 37 42 45 79 (150)  
3493 616 714 23 76 844 66 916 (180) 31 38 95 4003 10 19 (150)  
95 144 50 90 (150) 206 76 77 87 370 75 446 649 (150) 55 74 (240)  
85 716 27 837 974 (150) 98 (180) 5035 40 80 82 (150) 182 87 92  
212 (150) 27 66 302 53 434 71 525 54 690 769 73 814 982 85  
6080 168 226 62 397 401 12 23 (150) 27 (180) 35 509 (6000) 627  
45 78 707 9 48 52 58 810 26 (150) 31 995 7012 52 59 99 191 305  
(150) 32 61 495 543 (900) 618 50 728 892 990 (150) 8084 104  
51 97 272 31 524 32 70 440 82 543 60 72 88 669 74 (300) 88

738 78 899 917 (150) 77 9011 73 89 311 441 510 613 44 723  
44 51 868 95 902.  
**10,060** (3000) 98 104 39 (180) 80 (150) 271 91 404 18 94 519  
(150) 38 80 612 29 48 707 920 74 85 11,003 17 85 120 44 46  
216 77 303 81 96 (150) 411 27 (150) 549 662 92 724 30 39 59  
852 917 12,126 44 238 92 372 81 85 92 51 96 701 (150) 65  
814 (150) 29 58 908 70 88 13,000 70 149 245 72 319 52 (150)  
422 526 36 37 640 813 43 82 970 73 14,008 12 31 157 206 30  
49 369 420 509 12 69 92 95 689 813 63 (150) 91 31 15,040  
(150) 60 140 224 376 77 403 33 541 63 96 720 800 98 980  
16,009 32 39 50 98 99 131 226 347 418 49 64 83 504 43 617 32  
33 84 96 703 63 64 819 36 908 19 48 17,000 51 55 90 188 200  
23 59 308 29 78 86 462 81 581 86 648 55 78 836 965 92 18,034  
36 79 197 236 89 351 63 90 409 (150) 16 54 96 547 660 73 739  
8

Fonds- und Geld-Course.

	Wechsel-Course.
Deutsche Reichs-Anl. <sup>4</sup>	99,50 bz
Consolidierte Anleihe <sup>4</sup>	105,90 bz
do. do. 1876 <sup>4</sup>	99,00 bz B
Staats-Anleihe <sup>4</sup>	98,90 bz
Staats-Schuldcheine <sup>31</sup>	94,15 bz
Präm.-Anleihe v. 1855 <sup>31</sup>	152,25 bz
Berliner Stadt-Oblig. <sup>4</sup>	103,90 bz
Berliner ... <sup>4</sup>	103,00 G
Pommersche <sup>31</sup>	87,50 bz
do. do. 95,10 bz	
de. do. 105,40 bz	
Landsch.-Crd. <sup>4</sup>	—
Posenische neue <sup>4</sup>	87,90 bz
Schlesische <sup>31</sup>	—
Landschaft-Central <sup>4</sup>	97,90 bz
Kur. u. Neumärk. <sup>4</sup>	98,20 bz
Pommersche <sup>4</sup>	98,40 bzG
Posensche <sup>4</sup>	98,40 bz
Preussische <sup>4</sup>	98,40 bz
Westfäl. u. Rhein. <sup>4</sup>	99,90 bz
Sächsische <sup>4</sup>	96,30 G
Badische Präm.-Anl. <sup>4</sup>	31,50 G
Bayerische <sup>40</sup> Anteile <sup>4</sup>	132,50 G
OÖL-Mind.-Prämien <sup>31</sup>	129,50 bz
Sächs. Rente von 1876 <sup>3</sup>	76,40 B

Hypotheken-Certificata.

Krupp'sche Partial-Ob.	516,60 G
Enk. Pf.d. Cr.Hyp. <sup>4</sup>	99,75 G
do. do. 516,50 G	—
Deutsche Hyp.-Pfb. <sup>4</sup>	98,50 bzG
do. do. 510,25 nzG	—
Künd. br. Cent.-Bd.-Cr. <sup>4</sup>	101,50 G
Funktion. (do. 1872) <sup>5</sup>	104,25 bz
do. rückab. à 110 <sup>5</sup>	110,25 bz
do. do. 41 <sup>4</sup>	103,90 G
U.K. H. d. Pr. Bd.-Crd. <sup>5</sup>	—
do. III. Em. do. 5	103,70 bzG
Zehn. dt. Hyp. Schuldt. do. 5	—
Hyp.-Anth. Nord.-G.C.B.	96,90 bzG
do. do. Pfandb. <sup>5</sup>	85,30 bzG
Fomm. Hyp.-Briefe <sup>5</sup>	106,50 G
do. II. Em. 5	98,60 G
Goth. Präm.-Pf. I. Em. <sup>5</sup>	111,00 bz
do. II. Em. do. 5	108,60 bz
do. 50 Pf. Fz. Kz. br. m. 110 <sup>5</sup>	123,30 G
do. do. m. 110 <sup>4</sup>	96,80 bzG
Meiningen Präm.-Pfb. <sup>4</sup>	115,25 G
Fid. d. Ost.-Bd.-Cr. Pf. <sup>5</sup>	120,60 G
Zehn. Bod.-Cred.-Pfb. <sup>5</sup>	162,25 G
do. do. 41 <sup>4</sup>	99,60 bzG
Gäld. Bod.-Cred.-Pfb. <sup>5</sup>	—
do. do. 41 <sup>4</sup> 10% 41 <sup>4</sup>	101,80 bzG

Ausländische Fonds.

Oest. Silber-B. <sup>1/4</sup>	59,75 bzB
do. 1/4 <sup>1/2</sup>	59,80 bz
do. Goldrente <sup>4</sup>	68,25 bz
do. Papierrente <sup>4</sup>	58,40 bz
do. Säcr Präm.-Anl. <sup>4</sup>	113,60 G
do. Lott.-Anl. <sup>6</sup>	123,65 bz
Credit-Loose <sup>4</sup>	226,60 B
do. Säcr Loose <sup>4</sup>	285,75 bzG
Buss. Präm.-Anl. v. 64 <sup>5</sup>	186,90 bz
do. do. 1865 <sup>5</sup>	148,40 bz
do. Orient-Anl. v. 1877 <sup>5</sup>	58,50 bzB
do. II. do. v. 1878 <sup>5</sup>	57,30 bzG
do. Bod.-Cred.-Pfb. <sup>5</sup>	77,40 B
do. Cent.-Bd.-Cr.-Pfb. <sup>5</sup>	88,40 bzB
Buss. Poln.-Schätz.-Ob. <sup>4</sup>	—
Foin. Liquid.-Pfandb. <sup>5</sup>	62,25 bz
Foin. Poln.-Schätz.-Ob. <sup>4</sup>	56,10 bzG
Amerik. rückz. <sup>5</sup>	102,50 bz
do. 50% Anleihe <sup>5</sup>	103,75 G
Ital. 50% Anleihe <sup>5</sup>	80,20 bz
Ital. Tabak-Oblig. <sup>6</sup>	122,80 B
Zaab.-Grazer 100 Thlr. <sup>4</sup>	83,10 bz
Rumanische Anleihe <sup>5</sup>	—
Türkische Anleihe <sup>6</sup>	12,00 bzG
Ungar. Goldrente <sup>6</sup>	61,90 bzG
do. Loose (M. P. St.) fr.	182,80 G
Eng. 50% Eisens.-Anl. <sup>5</sup>	81,30 bz
do. Schatzanw. <sup>5</sup>	—
do. II. Abth. 5	102,75 G
Schwedische 10 Thlr.-Loose <sup>5</sup>	45,10 bz
Finnische 10 Thlr.-Loose <sup>5</sup>	45,10 bz
Türken-Loose 55,90 bzB	—

Eisenbahn-Prioritäts-Aktionen.

Berg.-Märk. Serie II. <sup>4</sup>	162,75 B
do. III. v. St. 31 <sup>4</sup>	80,55 bz
do. VI. <sup>4</sup>	102,80 bzG
do. Hess. Nordbah. <sup>5</sup>	163,00 G
Berlin-Görlitz <sup>5</sup>	316,60 bz
do. ... <sup>4</sup>	97,16 bz
do. Lit. C. <sup>4</sup>	92,90 bz
Bresl.-Freibl. DEI. <sup>4</sup>	—
do. Lit. G. <sup>4</sup>	161,00 G
do. H. <sup>4</sup>	109,25 bz
do. J. <sup>4</sup>	109,25 bz
do. K. <sup>4</sup>	109,25 bz
do. von 1876. <sup>5</sup>	104,50 bz
Zehn.-Mindener III. Lit. <sup>4</sup>	94,75 G
do. Lit. C. <sup>4</sup>	103,40 G
do. IV. <sup>4</sup>	98,10 G
do. V. <sup>4</sup>	98,00 bz
Halle-Sorau-Guben <sup>4</sup>	103,00 bz
Hannover-Altenb. <sup>4</sup>	106,00 bz
Märkisch-Posener <sup>4</sup>	102,00 G
B.-M. Staatsb. I. Ser. <sup>4</sup>	98,75 bz
do. do. II. Ser. <sup>4</sup>	98,90 G
do. do. ObI. II. U. II. <sup>4</sup>	98,75 bz
do. do. III. Ser. <sup>4</sup>	93,10 bzG
Überschr. A. <sup>4</sup>	97,50 G
do. B. <sup>4</sup>	89,50 G
do. C. <sup>4</sup>	—
do. D. <sup>4</sup>	98,00 bz
do. E. <sup>4</sup>	89,50 bz
do. F. <sup>4</sup>	102,75 G
do. G. <sup>4</sup>	102,95 G
do. von 1869. <sup>5</sup>	102,20 bz
do. von 1873. <sup>4</sup>	94,70 bz
do. von 1874. <sup>4</sup>	102,30 bz
do. Brig.-Nelze <sup>4</sup>	—
do. Cosel-Oderb. <sup>4</sup>	—
do. do. 5	103,25 bzG
do. Stargard.-Posen <sup>4</sup>	96,00 bzG
do. II. Em. <sup>4</sup>	—
do. III. Em. <sup>4</sup>	—
do. Nährsch.Zwbg. <sup>4</sup>	—
Großherz. Südbahn <sup>4</sup>	100,90 bz
Rechte-O.-Ober-E. <sup>4</sup>	102,50 bzG
Schlesw. Eisenbahn <sup>4</sup>	102,25 B
Charkow-Asow gar <sup>5</sup>	88,50 bz
do. do. in Pfd. Sterl. <sup>5</sup>	83,80 B
Charkow-Kremensch. <sup>5</sup>	86,70 bzG
do. do. in Pfd. Sterl. <sup>5</sup>	83,80 G
Dux-Bodenbach <sup>4</sup>	81,25 bzG
do. II. Emission <sup>4</sup>	75,60 bzB
Prag-Dux <sup>4</sup>	75,60 bzG
Gal. Carl-Ludw.-Bahn <sup>5</sup>	89,50 bz
do. do. neue <sup>5</sup>	89,40 bz
Kaschau-Oderberg <sup>5</sup>	74,10 bzG
Ung. Nordostbahn <sup>5</sup>	64,20 bzG
Lemberg-Czernowitz <sup>5</sup>	62,20 bzG
do. do. II. <sup>5</sup>	72,20 G
do. do. III. <sup>5</sup>	68,00 G
do. do. IV. <sup>5</sup>	66,60 G
Mährische Grenzbahn <sup>5</sup>	66,60 G
Mähr. Schi. Centralb. <sup>fr.</sup>	22,50 bz
Kronpr. Rudolf-Bahn <sup>5</sup>	74,50 bz
Gesetzl.-Französische <sup>3</sup>	362,50 G
do. II. 365,75 G	—
do. südl. Staatsbahn <sup>2</sup>	223,00 bzG
do. neue <sup>3</sup>	262,75 bzG
do. Obligationen <sup>5</sup>	57,60 bzG
Zehn. Eisenb.-Oblig. <sup>5</sup>	92,50 G
Warschau-Wien II. <sup>5</sup>	106,50 G
do. IV. <sup>5</sup>	98,75 bz
do. V. <sup>5</sup>	93,20 bzG
do. VI. <sup>5</sup>	89,75 G

Eisenbahn-Stamm-Aktionen.

Amsterdam 100 Fl. <sup>4</sup>	8 T. 15 168,75 bz
do. do. 100 Fl. <sup>4</sup>	3 M. 3 168,85 bz
London 1 Lstr. <sup>4</sup>	3 M. 2 20,35 bz
Paris 100 Frs. <sup>4</sup>	8 T. 2 86,90 bz
Petersburg 100 SE. <sup>4</sup>	3 M. 5 199,50 bz
Warschau 100 SE. <sup>4</sup>	8 T. 6 29,50 bz
Wien 100 FL <sup>4</sup>	8 T. 4 175,25 bz
do. do. 100 FL <sup>4</sup>	2 M. 4 174,25 bz

Ducaten — Dollars 4,15 G.

Over 2,87 G.	Oest. Bk. 15,50 bz
100,00 G.	do. Silbergld. 175 G.
120,00 G.	Russ. Bk. 200,00 bz
140,00 G.	do. 450,00-495,50

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Divid. 1877	1878
Bachem, Maastricht <sup>1/2</sup>	1/2 4 18,30 bz
Berg.-Märkische <sup>1/2</sup>	3 1/2 4 9,60 bz
Berlin-Anhalt <sup>1/2</sup>	5/2 4